

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Januar 1978

Evangelische Verantwortung

Heft 1/1978

Mut zur Erziehung

Lieber Leser!

Das Erzieherische, die Frage nach den verpflichtenden Werten und Leitbildern ist heute vielfach erschwert. Die Erziehungssituation in der Familie unterscheidet sich dabei nicht grundlegend von der Schule. Die ausgesprochenen oder unterdrückten Unsicherheiten, die tatsächlichen oder vermeintlichen Widersprüchlichkeiten, die Fülle von Meinungen und Gegenmeinungen lähmen oft mehr, als daß sie anregen.

Das Erzieherische wird in mehrfacher Hinsicht bedroht:

1. Die Faszination von Wissenschaft und Technik hat in den vergangenen zehn Jahren auch in der Bildung zu einer Vorrangigkeit des Intellekts geführt.
Der vorherrschende Glaube war der Glaube an das Wissen. Vermittlung von Wissen und funktionellen Fähigkeiten, das pragmatische Zurechtfinden im vordergründig Alltäglichen wurden zu den Hauptzielen der Bildung hochstilisiert. Der Fachwissenschaftler wurde – das Beispiel des Grundschullehrers belegt dies – zum Leitbild des Pädagogen. Die Lehr- und Bildungspläne wurden zu minutiös geplanten, technokratischen ausgefeilten Instrumenten der Bildung. Der Erzieher wird zu einem Organisator von Lernsituationen.
2. Die Betonung technologischer Konzepte erschweren die personale Begegnung.
Erzieher und Kind sind heute so stark mit der Sache, dem Stoff, dem Lehrplan, den Fakten beschäftigt, daß sie kaum mehr miteinander in personaler Begegnung, sondern weit überwiegend mit Objekten und mit sich selbst beschäftigt sind. Die Distanz wächst.
Erzieher und Kind gewähren einander nur noch selten Einblick in ihre persönliche Welt des Gefühls, der Überzeugung, der Hoffnung und des Zweifels.
3. Der Pluralismus der Meinungen verdrängt die erzieherischen Werte. An die Stelle von Überzeugungskraft tritt Unsicherheit.

Die Erziehungsdiskussion der 60er Jahre hat einerseits viele wachgerüttelt. Vieles wurde in das Bewußtsein des Erziehenden gebracht, was neue Impulse auslösen kann. Diese Diskussion hat aber auch viele unsicher gemacht, entmutigt und verängstigt. Die Generation der Erziehenden ist vor den harten Fragen der Jugend häufig zurückgewichen. Im Widerstreit über das, was richtig sei in der Erziehung, hat die nachgebende Welle nicht die erhoffte Befriedung zwischen den Generationen gebracht. Dies gilt vor allem für das Elternhaus. Die Orientierungslosigkeit in den erzieherischen Grundhaltungen konnte auch durch die Flut der Erziehungsliteratur nicht abgebaut werden.

4. Die moderne Massengesellschaft verstärkt gleichmacherische Tendenzen, die von genormten Verhaltensmustern ausgehen.

An die Stelle persönlicher Überzeugung tritt die veröffentlichte Meinung. Ein raffiniert angebotenes Konsumdenken bestimmt die Leitbilder der Erziehung. Es ersetzt eigene Meinung durch Werbung, Ideale durch Interessen, Glaube an die Zukunft durch Genuß in der Gegenwart. Freiheit erscheint in dieser Wertskala nur noch in der veräußerlichten Form von Freizeit und Freizügigkeit.

5. Die Hektik der modernen Leistungsgesellschaft droht die Freiräume einer sittlich verantworteten Erziehung immer stärker einzuengen.

Der wachsende Leistungsdruck einer sozialen Aufstiegsgesellschaft, deren Spitzenpositionen nicht beliebig vermehrbar sind, vergiftet auch das Klima in der Schule. Aus dem Klassenkameraden wird der Konkurrent um die Zehntelsnote. Der Schule wird eine Verteilungsaufgabe von Sozialchancen angelastet, welche die Lehrer zwangsläufig in Hektik treibt. Das Elternhaus, in seinem erzieherischen Einfluß durch die Berufstätigkeit nicht selten beider Eltern stark angeschlagen, übernimmt diese Hektik. Falsch verstandenes Sozialprestige schraubt die Erwartungen an die Kinder ständig höher. Die Schule, die diesen über-

zogenen Erwartungen nicht entsprechen kann, wird in einen ständigen Anklagezustand gesetzt. Bei diesem Schwarzen-Peter-Spiel am Kind vorbei bleibt für eine Erziehung zu einem Verhalten, das statistisch nicht meßbar und ökonomisch nicht verwertbar ist, kein Raum.

Dieser kritischen Diagnose können heute auch hoffnungsvollere Ansätze gegenübergehalten werden. Die Einsicht, daß manche Reformen überzogen, voreingenommen und nicht kindgemäß waren, ermöglicht eine Neubesinnung. Die besorgten Feststellungen von Medizinerinnen, Psychologen und aufmerksamen Pädagogen über pathologische Befunde der heutigen Erziehungspraxis sind ein Alarmsignal, das gehört wurde. Die von mir im Frühjahr 1974 konstituierte Expertengruppe „Anwalt des Kindes“ sollte ein solches Zeichen setzen. Der Umdenkungsprozeß hat eingesetzt. Es besteht die Chance, eine von den Bildungsinhalten und Zielen her neu durchdachte, ethisch verankerte Erziehungskonzeption zu entwickeln. Das Forum „Mut zur Erziehung“ vom 9./10. Januar 1978 in Bonn-Bad Godesberg hat diesen Willen zum Neuanfang eindrücklich dokumentiert.

Auf was kommt es an? Hier können nur einige pragmatische Hinweise gegeben werden:

1. Das einzelne Kind muß wieder stärker in den Mittelpunkt der Erziehung gerückt werden.

Die Forderung nach einer „Sensibilisierung des Pädagogischen“ bedeutet nicht nostalgische Rückschau in eine heile Erziehungswelt. Sie bedeutet, daß anthropologische Grundeinsichten über Wesen und Wachsen des Kindes stärker als bisher in die Erziehungsreform einfließen. Es ist die Aufforderung, die Schule den Pädagogen und nicht den Technokraten oder Ideologen zu überlassen. Das hat konkrete Folgen: Entlastung der Lehrpläne, Reform der Lehrerbildung, Abbau des einseitig akademischen Bildungsmodells zugunsten von unterschiedlich profilierten, eigenständigen Bildungsgängen.

2. Wir müssen das Vertrauen zwischen Erzieher und Kind stärken.

Die Erziehung zu Mißtrauen und Kritik, die in den geplanten Konflikt einmündet, ist inzwischen in ihrer zerstörerischen Wirkung erkannt. Das Kind braucht zunächst Vertrauen und Nestwärme. Dabei kann es kein radikales Entweder-Oder geben, sondern nur ein allmähliches Hineinwachsen in eine selbstverantwortete Freiheit. Schrankenloses Gewährenlassen verunsichert das Kind. Es will nicht Willkür, sondern Hilfe, um Selbstvertrauen zu gewinnen. In einer Welt, in der die Zusammenhänge und Entscheidungsstrukturen immer undurchsichtiger werden, ist dieses Vertrauen notwendiger denn je, um das Gefühl des Chaotischen vom jungen Menschen fernzuhalten.

3. Wir brauchen eine neue Sicht der Leistung, die sich an der Vielfalt menschlicher Fähigkeiten, aber auch gesellschaftlicher Notwendigkeiten orientiert. Angesichts der weitverbreiteten Hetze gegen Leistung und Leistungsanforderung, hinter der oft das Auflehnen gegen die Leistungsgesellschaft

steht, müssen wir der Leistung ihren Stellenwert innerhalb des Bildungs- und Erziehungsprozesses geben. Leistung, die Erfolgserlebnis vermittelt, spornt an. Freilich nur, wenn nicht von jedem das Gleiche gefordert wird. Das selbsterfahrene „Ja“ zur Leistung ist die Voraussetzung für das „Ja“ zur Pflicht.

Dies alles setzt voraus, daß nicht nur intellektuelle Leistung, sondern auch handwerklich-technische, musisch-künstlerische oder soziale Leistung neu bewertet werden. Der Anspruch der öffentlichen Bewertung der Arbeit einer Hausfrau und Mutter zeigt, daß hier noch viel aufzuarbeiten ist.

4. Erziehung und Bildung kann auf Ideale nicht verzichten.

Erziehung kann sich nicht in sterile Anonymität zurückziehen. Sie verlangt vielmehr Bekenntnis. Die Generation der Erzieher muß sich dieser Herausforderung stellen. Dies ist der einzige Weg, Autorität zurückzugewinnen.

Es gilt, die Rolle des Erziehers wiederzuentdecken. Sie ist mehr als nur die Summe rational aufzählbarer Funktionen. Auch die Rolle des Lehrers läßt sich nicht mit den in manchen Bildungsplänen aufgezählten Aktivitäten erschöpfen.

5. Erziehung muß heute zur Sinnfrage durchstoßen. Daß die Vermittlung erlernbarer Kenntnisse und Fähigkeiten nicht zur Erziehung ausreichte, zeigt die Vergangenheit. Wenn Erziehung Hilfe zum Personwerden ist, muß deutlich werden, daß dieses Personsein verankert ist in Bereichen, die der rationalen Interpretation unzugänglich sind.

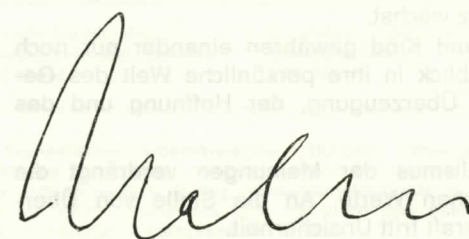
Das hier vom Erzieher geforderte Bekenntnis zu einem Menschenbild ist sicher auch für einen christlichen Erzieher nicht leicht. Religion und religiöse Weltinterpretation scheinen in eine Randstellung gedrängt worden zu sein. Und doch tut sich die Chance auf, eine Dimension in die Erziehung hineinzubringen, die nicht überholt und nicht durch noch so exakte Bildungspläne ersetzt werden kann.

Die angedeuteten Aufgaben lassen sich nicht einfach durchsetzen. Wir können nicht übersehen, daß zu viele geheime und offizielle Miterzieher mit am Werk sind. Die Frage nach der Erziehung unserer Kinder schlägt jedoch immer zurück auf die Erzieher selbst. Die erzieherische Kraft der Werte und Normen hängt letztlich von der Intensität ab, in der die Erzieher diese Normen im eigenen persönlichen und politischen Bereich verwirklichen.

Wenn wir in diesem Sinne mutig handeln, wird uns der Erfolg nicht versagt bleiben.

Mit besten Grüßen

Ihr



Sachlichkeit im politischen Streit

Albrecht Martin

„Sachlichkeit im politischen Streit“ war das Thema eines Gesprächs, das in der Evangelischen Akademie von Westfalen-Lippe, Haus Orlohn, kürzlich stattfand. Der Landesvorsitzende des EAK der CDU Rheinland-Pfalz, Landtagspräsident Albrecht Martin, nahm dort dabei für uns Stellung.

Sachlichkeit im politischen Streit. Sachlichkeit ist wohl dann gegeben, wenn man der Sache dient. Sachlichkeit im politischen Streit könnte also auch heißen: richtig ist das, was der Sache, nämlich dem politischen Streit, entspricht. Denn natürlich geht es bei der politischen Auseinandersetzung um einen Streit, und es dient weder der Sachlichkeit noch gesunden politischen Verhältnissen in einer Demokratie, wenn man das mit irgendwelchen vor Friedlichkeit tiefendenden Formulierungen zu übertünchen versucht. Ich halte es auch für eine gefährliche Verkürzung, den politischen Streit in einer demokratischen Ordnung auf die Diskussion, den rationalen Austausch von Argumenten zu beschränken. Die Sachlichkeit schließt keineswegs Emotionen aus, und selbstverständlich haben auch in den politischen Auseinandersetzungen in einer Demokratie Emotionen ihr Recht, ja sie sind geradezu notwendig. Auch im politischen Streit darf es Begeisterung geben und Zorn, Zuneigung und innere Ablehnung. Überall wo Menschen sich für eine Sache engagieren, werden Emotionen mit ins Spiel kommen, und zwar nicht von vornherein als Entgleisung oder Entartung, sondern auch positive Elemente politischer Auseinandersetzung, oder will jemand im Ernst behaupten, das von uns allen doch wohl positiv beurteilte leidenschaftliche Engagement für Freiheit und Recht sei ausschließlich rational zu begründen und verwirkliche sich nur in kühler Argumentation. Ich möchte also für den im vollen Sinne lebendigen politischen Streit hier eine Lanze brechen.

Das Ringen um demokratische Prinzipien

Aber nun sprechen wir ja vom politischen Streit in einer demokratischen Staatsordnung, von der Auseinandersetzung politischer Strömungen und Kräfte, von dem Ringen unterschiedlicher Konzeptionen um die Verwirklichung in der Ordnung des Staates. Das erstrebte Ziel des politischen Streites innerhalb einer demokratischen Ordnung ist es nicht, den Gegner zur Kapitulation zu zwingen, erst recht nicht seine Vernichtung, sondern – vielleicht etwas kühn ausgedrückt – das Ziel des politischen Streites ist es, den künftigen politischen Streit zu ermöglichen. Der Gegner darf eben nicht vernichtet werden. Er ist nicht der Feind, sondern der Partner im Ringen um die ständig neu aufzugebene Verwirklichung demokratischer Prinzipien. Wer daher um des lieben Friedens willen den politischen Streit des Wahlkampfes vermeiden wollte, verstieße gegen die Verfassung, die ja nach Ablauf bestimmter Fristen Wahlen, und das heißt ja wohl, auch das Ringen um Wählerstimmen, zwingend vorschreibt. Alles was diesem durch Verfassung und Recht begründeten und zugleich begrenzten politischen Streit dient, ist im Sinne unseres Themas sachlich. Denn der politische Streit innerhalb einer demokratischen Ordnung setzt ja auch die anderen, nicht unmittelbar von der Wahl handelnden Bestimmungen nicht außer Kraft. Es sei hier nur an den Grundsatz erinnert, daß die Würde des Menschen unantastbar ist und daß das Recht der freien Meinungsäußerung nicht beschränkt sein darf. Wie der Kampf der Ritter im Mittelalter sich nach den Gesetzen der Ritterlichkeit abspielte, damit ritterliches Leben auch nach dem Kampf möglich sei, so hat der politische Streit in einer Demokratie dem Gesetz zu dienen, demokratische Ordnungen zu erhalten und

ihrer weiteren Ausbildung zu dienen. Sachlichkeit wird deshalb nicht zu einer Alternative des politischen Streites, sondern sie ist in der Demokratie Element dieses Streites, sowie umgekehrt der politische Streit um der Demokratie willen stattfinden muß.

Gesprächsmöglichkeit muß erhalten bleiben

Aus diesen Voraussetzungen ergeben sich naturgemäß Konsequenzen für die politische Auseinandersetzung in der Praxis. Da es sich

Aus dem Inhalt

Mut zur Erziehung Wilhelm Hahn	1
Sachlichkeit im politischen Streit Albrecht Martin	3
Evangelische Publizistik: Ein Faß ohne Boden?	5
Leserbriefe	6
Bilanz und Perspektiven der Europapolitik Hubertus Dessoch	8
Kurz notiert	10
Aus der Arbeit des Rates der EKD	12

um den Streit von Konzeptionen handelt, tritt das Argument in den Vordergrund. Selbstverständlich gehört es zu den Voraussetzungen, die Konzeption des politischen Rivalen zu verstehen und ihr gerecht zu werden. Das ist nicht nur eine Forderung der Fairness, sondern ebenso der politischen und

taktischen Klugheit. Eine gewisse Überzeichnung bestimmter Elemente und einzelner Akzentuierungen kann dabei je nach der Stellung des Argumentierenden durchaus der Sache dienen. Die Grenze sehe ich dort gegeben, wo die Akzentuierung zur Verzeichnung wird mit dem Ergebnis, daß die Gesprächsmöglichkeit mit dem politischen Gegner sachlich verlorengeht.

In der modernen Parteiendemokratie stehen aber nicht nur die politischen Konzeptionen und die politischen Parteien gegeneinander, sondern auch ihre Repräsentanten. Der politische Streit, der in der Demokratie vom Auftrag und vom Sinn her um Konzeptionen gehen soll, wird personalisiert. Damit stellt sich die Frage, ob und eventuell wie weit die Person des politischen Gegners zum Gegenstand der Auseinandersetzung wird. Kein Mensch wird an die Person gebundene Sympathiewerbung als Gefährdung der Sachlichkeit betrachten; aber ist sie eigentlich weniger unsachlich, als eine Propaganda, die negative Kennzeichen in der Persönlichkeitsstruktur des politischen Gegners herausstellt? Streng von der Sache her betrachtet, entspricht der Schlag unter der Gürtellinie ebensowenig der Sachlichkeit im politischen Streit, wie die groß aufgemachte Herausstellung des glücklichen Familienlebens politisch handelnder Personen. Wer diesen Satz nicht anzuerkennen bereit ist, der muß jedenfalls mit mir in der Forderung übereinstimmen, daß die Parteien bei der Auswahl ihrer Repräsentanten darauf achten, daß dem jeweiligen Gegner in dieser Hinsicht möglichst keine Blöße gegeben wird. Diese Forderung erscheint mir nicht etwa unsachlich zu sein, weil nämlich durch die Personalisierung der politischen Auseinandersetzung es nicht nur auf die politischen Fähigkeiten des betreffenden Repräsentanten ankommt, sondern weil es unerträglich ist, wenn ein bedeutender Repräsentant einer politischen Rich-

tung — und nach gewonnener Wahl unter Umständen des ganzen Volkes — mit den Rechtsvorstellungen oder den ethischen Grundsätzen des von ihm repräsentierten Volkes nicht in Übereinstimmung ist.

Austauschbarkeit der Wahlformeln?

Die Gesetze der Werbetechnik, die auf die Praxis der politischen Auseinandersetzung immer größeren Einfluß gewinnen, haben, wie ich meine, den politischen Streit auch inhaltlich verändert. Das Plakat ist an die Stelle der Broschüre mit ausführlicher Darlegung der Programme getreten, der Wahlkampfeslogan an die Stelle des Programmes. Es führt zu dem Versuch, bestimmte Merkmale der unterschiedlichen Konzeptionen auf kurze Formeln zu bringen und gleichzeitig doch die Unverwechselbarkeit gegenüber dem politischen Rivalen herauszustellen. Da demokratische Parteien aber von einer grundsätzlich sehr breiten gemeinsamen Basis her argumentieren, besteht die Gefahr, daß solche Formeln austauschbar werden. Ich erinnere mich, daß in Mainz in einem Kommunalwahlkampf einmal die eine Partei plakatierte „Mainz bleibt Mainz“, die andere warb mit „Für unser goldenes Mainz“. Das ist Waschmittelreklame in reinsten Form und folgt nicht dem Gebot der Sachlichkeit. Etwas deutlicher müssen die Unterschiede um des Funktionierens der Demokratie willen schon herausgestellt werden.

Das Gebot der Sachlichkeit im politischen Streit fordert deshalb nicht nur ein entsprechendes Verhalten dem politischen Gegner gegenüber, sondern auch die klare, eindeutige, auch kämpferisch formulierte Herausstellung der eigenen Position. Wer das nicht tut, nimmt im Grunde den Bürger, den er ja für die eigene Konzeption gewinnen will, nicht ernst. Das Gebot der Sachlichkeit fordert aber auch, den politischen Gegner als den Partner zu beachten, mit dem zusammenzuarbeiten das Prinzip demokratischer Staatsordnung fordert. Wer den politischen Gegner persönlich verletzt, wer den politischen Rivalen im Vollsinn des Wortes diffamiert, zerstört auf die Dauer die Grundlagen einer funktionierenden

Demokratie, er dient nicht der Sachlichkeit des politischen Streites.

Nun liegt es im Wesen der Dinge, daß man die einzelnen Wesenszüge beim Gegner unter anderer Beleuchtung sieht, als jener selbst. Was dem einen eine positive Änderung bedeutet, erscheint dem anderen als gefährliches Experiment. Was der eine als wertvolle Grundlage erhalten möchte, ist für den anderen hemmender Ballast. Es gehört zur Aufgabe des politischen Streites, sich gegenseitig auf solch unterschiedliche Betrachtungsweise aufmerksam zu machen. Nur so korrigieren die miteinander rivalisierenden Konzeptionen sich gegenseitig, und nur wo solche Korrektur möglich ist, kann auch bei wechselnden Regierungsmehrheiten die Kontinuität erhalten bleiben.

Unterschiedliche Begriffsinterpretation

Die Sachlichkeit im politischen Streit ist heute aber auch deshalb schwer zu bewahren, weil zentrale politische Begriffe nicht mehr eindeutig sind, sondern selbst von denen, die sie für sich beanspruchen, höchst unterschiedlich interpretiert werden. Ich will das an einem wichtigen politischen Begriff zeigen, der im letzten Wahlkampf keine Rolle gespielt hat. Nach dem Wort des früheren deutschen Botschafters in Moskau bedeutet friedliche Koexistenz für einen Kommunisten die härteste Auseinandersetzung der beiden großen Lager unterhalb der Schwelle des heißen Krieges, während wir unter demselben Begriff das friedliche miteinander Umgehen, sich gegenseitig respektieren, der Gruppen oder Mächte begreifen. Es entsteht nun die Frage, ob man für den Fall, daß eine politische Partei diesen Begriff besonders in ihrer Darstellung verwendet, darauf aufmerksam machen darf, welchem gefährlichen Mißverständnis sie sich dabei aussetzt. Ich meine, daß es zur Sachlichkeit des politischen Streites zwischen demokratischen Parteien gehört, daß solche sachlichen, ja nicht unbegründeten Befürchtungen vor möglichen Entwicklungen auch deutlich herausgestellt werden. Das deutliche Herausstellen von Empfindlichkeit kann nämlich unter Um-

ständen und zu bestimmten Zeiten selbst zum Wahlkampfmittel werden, über dessen sachliche Berechtigung man durchaus streiten kann.

Grundgesetzbasis als wichtige Voraussetzung

Ich fasse zusammen. Der politische Streit ist ein Wesenselement der funktionierenden Demokratie. Wer ihn vermeiden will, zerstört auf Dauer die Grundlagen dieser Ordnung. Aber dieser Streit vollzieht sich in den demokratischen Prinzipien entsprechenden Formen und dient dem Ziel, demokratische Entscheidungen ständig neu zu ermöglichen und damit verschiedenen politischen Konzeptionen die Chance ihrer Verwirklichung durch Übernahme der politischen Verantwortung zu gewähren. Politischer Streit vollzieht sich zwischen Bürgern, die

gemeinsam auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Von daher ergeben sich Regeln des miteinander Umgehens, die gerade in den Zeiten politischer Auseinandersetzung sorgfältig, aber nicht ängstlich und kleinlich, beachtet werden sollten. In einer funktionierenden Demokratie ist es die Aufgabe der politischen Kräfte, sich gegenseitig zu korrigieren und zum Eingehen auf die politischen Vorstellungen der jeweils anderen Seite sich gegenseitig zu zwingen. Nur wo das geschieht, wird noch ein politischer Wahlkampf geführt, denn wir haben heute die merkwürdige Tatsache zu verzeichnen, daß die politischen Gruppierungen sich polarisierend gegenüberstehen bei gleichzeitig starker Empfindlichkeit gegenüber dem politischen Gegner. Es könnte ja sein, daß diese Empfindlichkeit die Unfähigkeit signalisiert, sich gegenseitig noch zu verstehen. Wie wenig es hier möglich ist, völlig ein-

deutige Regeln im einzelnen aufzustellen, zeigt die Tatsache, daß offensichtlich man von einem politischen Gegner Ausdrücke hinzunehmen bereit ist, die, von einem anderen Mund gesprochen, jede weitere Gesprächsmöglichkeit zerstört.

Jedenfalls sei auch abschließend noch diese Bemerkung erlaubt. Über die Frage der Sachlichkeit im politischen Streit sollte jeder, der hier meint urteilen zu müssen, wenigstens den Versuch machen, sich in die Lage eines politisch verantwortlich Handelnden und erst recht eines engagierten Wahlkämpfers zu versetzen. Ich will mich bewußt sehr vorsichtig ausdrücken, aber die in weiten Teilen der veröffentlichten Meinung durchgeführte sehr selektive Verurteilung des politischen Stiles der großen politischen Rivalen entspricht nicht immer dem Gebot der Sachlichkeit im politischen Streit.

Evangelische Publizistik: Ein Faß ohne Boden?

Die evangelische Presse ist „ein unbekannter Media-Riese, aber zersplittert wie der Protestantismus selbst“ und deshalb auch ein „Faß ohne Boden“, in das jährlich weit über 100 Mio. DM = 2,5 % der 4 Mrd. DM Kirchensteuereinnahmen fließen. Diese Klage führt der Experte Karl Rüdiger Durth, für Pressearbeit beurlaubter evangelischer Pfarrer, im Fachblatt „Der Journalist“ (12/77).

Doch auch diese bislang umfang- und kenntnisreichste Darstellung der evangelischen Presse bietet hinsichtlich deren Finanzierung nur Schätzungen: Der Haushaltsplan der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für 1978 weist für publizistische Aufgaben lediglich 11 Mio. DM aus: 6,2 Mio. DM für das Gemeinschaftswerk Evangelischer Publizistik (GEP), 4 Mio. DM für das „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt“, 240 000 DM für die Matthias-Film-Gesellschaft und 100 000 DM für die Fernsehfilmproduktion „Eikon“ sowie für andere publizistische Aufgaben. Sehr viel größere Beträge für Publizistik weisen die Haushaltspläne der Landeskirchen aus. Der Pressesprecher der EKD-Kirchenkanzlei in

Hannover, Oberkirchenrat Claus-Jürgen Roepke, schätzt sie auf insgesamt über 80 Mio. DM; darin sind die Zuschüsse für die Pressearbeit der großen evangelischen Werke enthalten, nicht aber die Gelder der zahlreichen Organisationen und vor allem der Kirchenkreise und -gemeinden. Hier sind nicht einmal mehr realistische Schätzungen möglich: „Millionen“ ohne Zahlenangabe müsse genügen, teilt Durth resigniert mit.

Der sachkundige Leser fühlt sich an „Publik“ erinnert, wenn Durth über das jahrelange Tauziehen um die Finanzierung des „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblattes“ berichtet. Doch der Kampf der Publizisten gegen die Finanzsachverständigen wurde gewonnen: Das „DAS“ bleibt „unentbehrliches publizistisches Instrument“ der evangelischen Kirche in der Auseinandersetzung des christlichen Glaubens mit den in der Bundesrepublik wirksam gesellschaftlichen Kräften und „notwendiges Forum“ für das Gespräch mit den unterschiedlichen theologischen Meinungen und religiösen Überzeugungen im deutschen Protestantismus; es erhält darum bis 1980 jährlich 4 Mio. DM Subventionen.

Ohne Ausnahme auf Unterstützung mit Kirchensteuermitteln angewiesen sind auch die 15 Landeskirchenzeitungen, neuerdings Kirchengebietsblätter genannt, mit einer wöchentlichen Auflage von 1,4 Millionen Exemplaren. Dazu der Direktor des GEP, Dr. Norbert Schneider: „Die evangelische Publizistik wird sich nie selbst voll tragen können.“ Zumindest der Annäherung an einen solchen Zustand soll ein ständiger Konzentrationsprozeß dienen. Um Kosten zu sparen, das redaktionelle Angebot qualitativ zu verbessern und den rapiden Leserschwund aufzufangen, bildeten sich seit Ende der 60er Jahre neue publizistische Einheiten, mit relativem Erfolg: Die Leserflucht konnte gestoppt werden und – obwohl immer wieder Einbrüche hin- und hergenommen werden müssen – steigen die Auflagen langsam wieder.

Überhaupt nicht erfaßbar sind die Kosten der „dritten Säule“ evangelischer Pressearbeit neben Wochen- und Kirchengebietszeitungen, nämlich die Gemeindebriefe. Als „Zeitung unter dem Kirchtum“ haben sie in letzter Zeit einen bemerkenswerten Aufschwung genommen. Von ehrenamtlichen Kräften redigiert und in einfachen Druckverfah-

ren hergestellt, erscheinen sie alle zwei Monate mit einer Durchschnittsauflage von über 2 000 Exemplaren. Sie werden kostenlos abgegeben. Bekannt hingegen sind die Kosten der ebenfalls erst jüngst in Mode gekommenen „Mitgliederzeitungen“: vierfarbige Kirchenillustrierte, die ein- oder zweimal im Jahr in hoher Auflage erscheinen und möglichst alle Kirchensteuerzahler der betroffenen Landeskirche erreichen sollen. Die evangelische Kirche im Rheinland verteilte an ihre 3,6 Millionen Mitglieder eine Million Exemplare einer solchen Zeitschrift, was über 200 000 DM kostete. Der Wert einer solchen „Mitgliederpublizistik“ ist in der evangelischen Kirche jedoch umstritten.

Ihren sichtbarsten Ausdruck hat die Konzentration der evangelischen Presse in der Schaffung des „Gemeinschaftswerkes der Evangelischen Publizistik (GEP)“ mit Sitz in Frankfurt gefunden. Sein Jahresetat beträgt rund 10 Mio. DM, davon fließen 6,2 Mio. DM als Zuschuß aus der EKD-Kasse. Das Werk hat 85 hauptamtliche und 180 ehrenamtliche Mitarbeiter; Kernstück ist der Evangelische Pressedienst (epd). Diese Nachrichtenagentur mit Büros in Berlin, Bonn und Genf sowie zahlreichen Landesredaktionen „berichtet aktuell über Ereignisse und Entwicklungen im deutschen Protestantismus, über Vorgänge in der Ökumene sowie über politische und gesellschaftliche Fragen, die für die Kirche von Belang sind“. Neben dem täglich erscheinenden Zentraldienst, der die Redaktionen der Medien auch über Fernschreib-Funkdienst beliefert, gibt epd heraus: „evangelische Information“ – ein Wochendienst mit der Zusammenfassung der wichtigsten Nachrichten aus den Tagesdiensten –, epd-Dokumentation, epd-Ausgabe für die kirchliche Presse, „epd-Kirche und Rundfunk“ und „epd-Kirche und

Film“, dazu die regelmäßigen Dienste „Entwicklungspolitik“, und „Dritte-Welt-Information“.

Neben den epd-Publikationen gibt das GEP regelmäßig heraus: medium, Medien-Kursbuch, Spielfilmliste, Filmbeobachter, Medien-Praktisch, Arbeitshilfe Gemeindebrief, Korrespondenz „Die Frau“, das Wort zum Sonntag, Evangelischer Werbedienst, EKD-Bulletin und Kirche und Sport. Das 1974 als „Bündelung verschiedener publizistischer Einrichtungen“ gegründete Gemeinschaftswerk hat neben der Herausgabe von Informationsdiensten auch die Aufgabe der Beratung der Gesamtkirche in allen Medienfragen sowie der Aus- und Weiterbildung der Journalisten. Nach der Definition ihres Gründers, Oberkirchenrat Robert Geisendörfer, also ein binnenkirchlicher Dienstleistungsbetrieb, Vermittlungsagentur von Kirche und Gesellschaft, eine Einrichtung, die Lücken öffentlicher Kommunikation ausfüllt und „deren Gewinn zuerst ein Gewinn für andere ist“. Diese an die Aufgabenstellung der katholischen MDG erinnernde Definition ist bis heute im Bereich der evangelischen Pressearbeit unbestritten.

Ein kleiner aber effizienter Konkurrent des epd ist übrigens der in Wetzlar erscheinende Pressedienst „idea“, getragen von den Evangelikalen, die sich als Erben der christlichen Volkspresse des 19. Jahrhunderts verstehen. Durth verzeichnet hier nüchtern „langsam steigende Resonanz“.

Kränkelt nun der evangelische „Media-Riese“ nach den bisherigen Konzentrationsbemühungen immer noch? Etliche sachverständige Beobachter sind dieser Meinung: Der unbekannte Riese bedarf einer umfassenden Flurbereinigung, schreibt Gernot Facius. Zunächst einmal müsse der Dschungel evangelischer publizistischer Gremien gründlich durchforstet werden, meint Claus-

Jürgen Roepke und fordert eine Zusammenfassung der weit verstreuten Arbeitsgemeinschaften, Beratungsgruppen und Beiräte ebenso wie eine weitere Zusammenfassung gleichgelagerter Publikationen: „Kontinuierlicher Ausbau des Gemeinschaftswerkes bei gleichzeitigem Abbau der ehrenamtlichen Beratergremien – schon jetzt haben sich dort 180 Berater angesammelt – und weitere Konzentration der unterschiedlichen Zeitschriften, Förderung des kirchlich journalistischen Nachwuchses, um die Redaktionen in die Hände qualifizierter Journalisten zu legen, die bislang noch weithin Ausnahme sind, Ausbau der kirchlichen Pressestellen auf allen Ebenen (EKD, Landeskirchen, Kirchenkreise, Werke).“

Gerufen wird nach einem „Gesamtkonzept evangelischer Publizistik“, zu dem Robert Geisendörfer bereits 1975 die erste „Skizze eines medienpolitischen Gesamtkonzepts“ entwarf, das allerdings immer noch der Konkretion bedarf. Zu einem solchen Gesamtkonzept müßte auch der evangelische Büchermarkt mit seinen erheblichen Auflagen – allein die jährliche Buchproduktion der evangelikalen Christen beträgt über 10 Millionen Exemplare –, die Film- und Fernseharbeit, die immer wichtiger werdende Medienarbeit für Religions- und kirchlichen Unterricht sowie die Erwachsenenbildung gehören. Durth fordert „mehr Aufmerksamkeit“ für den „unbekannten Riesen in der deutschen Medienlandschaft“, der zu den wenig erforschten „Konzernen“ gehört, über den bislang nur folgende „gesicherte“ Aussagen gemacht werden könnten: Die jährliche Gesamtauflage beträgt „viele Milliarden“, die Subventionen belaufen sich auf „weit über 100 Mio. DM“, die Zahl der hauptamtlichen Journalisten geht in die Tausende, jedoch: sein Einfluß ist nicht meßbar.

Leser-Briefe

Die hier geäußerten Meinungen brauchen nicht mit der Ansicht des Herausgebers oder der Redaktion übereinzustimmen.

Die christlichen Tugenden im Staat

Was von uns allen gefordert wird, ist heute mehr denn je die Bewährung christlicher Tugenden im politischen Leben. In der Complet, solange sie von den Mönchen noch lateinisch gebetet wurde, klang allabendlich der Ruf in lateinischer Sprache auf: „Seid nüch-

tern und wachet; denn euer Widersacher, der Teufel, geht umher und sucht, wen er verschlinge“.

Äußerste Nüchternheit ist geboten. Wir müssen die Realität sehen und jeglicher Ideologie widerstehen. Das ist vor allem der christliche Beitrag zu der Dämonisierung, die mit Polypenarmen nach uns allen greift. Im Eintritt für unsere politische Überzeugung müssen wir die Grenze zwischen Überzeugun-

gen und Überreden beachten. Nur der hat das Recht, andere zu kritisieren, wenn er sich selber kritisieren läßt. Nur in diesem Sinne ist die Kritik ein Wesenselement der Demokratie. Gerade diejenigen, die politische Verantwortung tragen, müssen persönliche Verunglimpfungen ihrer Gegner meiden. Es ist für mich immer wieder erschütternd zu beobachten, daß man das, was man im Umgang von Mensch zu Mensch vermeidet, gerade im politischen Kampf losläßt. Wer sich den Emotionen überläßt, läuft Gefahr, von den Dämonen überwältigt zu werden. Ich halte es für einen der wichtigsten Artikel unseres Grundgesetzes, daß der Abgeordnete letzten Endes nur seinem Gewissen verpflichtet ist. Darum ist die Forderung nach dem imperativen Mandat, wie sie immer wieder erhoben wird, ein Attentat auf die Gewissensfreiheit der gewählten Vertreter des Volkes. Die Parteien sollen nach dem Grundgesetz lediglich mithelfen an dem demokratischen Aufbau. Leider sind wir schon längst in eine Parteien-Demokratie, um nicht zu sagen: in eine Parteien-Hierarchie, abgeglitten. Daß man von „Partei-Disziplin“, „Fraktionszwang“ nicht nur spricht, sondern dieselben auch ausübt und die „Abweichter“ verteufelt, ist nicht nur ein Übel, sondern eine Sünde. Wir brauchen Männer und Frauen gerade in einer Demokratie, die den Mut haben, gegen den Strom zu schwimmen. Besonders für die Christen unter den Leuten, die politische Verantwortung tragen, gilt der Vers Christian Morgensterns:

„Geh einfach Gottes Pfad,
laß nichts sonst Führer sein,
So gehst du schlicht und grad,
und gingst du ganz allein.“

Hermann Lutze
Pfarrer i. R.
Zeughausstraße 31
5600 Wuppertal-Barmen

Betr.: „Über den politischen Dienst der EKD“

Evangelische Verantwortung 7–8/77

**Erwiderung des Verfassers zum
Leserbrief von Dr. Hartmut Müller-Kinet
aus Frankfurt in der EV 10–11/77**

Mich stört nicht nur die schnelle Bereitschaft des Herrn Müller-Kinet zur Verunglimpfung, sondern auch das Mißverständnis, das diesem Leserbrief zugrunde liegt. Ich gehöre ja gerade zu denen, die eine politische Verantwortung der Kirche eingrenzen und damit einen breiten Raum des Ermessens freigeben, in dem das kirchliche Wort keine besondere Kompetenz beanspruchen kann. Leider vertritt Herr Müller-Kinet

erneut die Legende, wir hätten die sogenannte Ostdenkschrift an Vertretern von Anliegen der Vertriebenen vorbei erarbeitet. Dies ist schlicht unwahr. Wir haben vielmehr zu jeder einschlägigen Sitzung unserer Kammer für öffentliche Verantwortung Herren des Ostkirchenausschusses der EKD eingeladen. Von einzelnen Ausnahmen abgesehen, haben sich diese Herren einer Mitarbeit versagt. Was das Zitat von Bischof Scharf zum prophetischen Amt der Kirche angeht, so ist meinem Schriftsatz doch wohl zu entnehmen, daß ich eine solche These nicht vertrete. Die Rede vom prophetischen Amt entstammt einem theologischen Zusammenhang, gegen den ich mich seit 1950 unermüdlich gewandt habe.

D. Erwin Wilkens
Vizepräsident der EKD
Herrenhäuser Straße 2 A
3000 Hannover 21

**Betr.: „Christlich-soziale Politik heute“
Evangelische Verantwortung 12/1977**

In einer Versammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Schleswig-Holstein wurde jüngst an ein Datum erinnert, das so gut wie vergessen ist: Vor genau hundert Jahren hielt Adolf Stoecker, der Hofprediger des alten Kaisers, im Berliner Norden eine Versammlung, um eine christlich-soziale Arbeiterpartei zu begründen. Diese sogenannte Eiskeller-Versammlung ist in die Geschichte eingegangen. Damals gab es in der enorm angewachsenen Millionenstadt Berlin viel soziales Elend. Einerseits war Berlin die glanzvolle Hauptstadt des deutschen Kaiserreiches, auf der anderen Seite sah die Stadt trübe aus mit ihren Hinterhöfen, in denen kinderreiche Arbeiterfamilien wohnten, die nicht sozial gesichert waren. Die evangelische Kirche war allzu eng mit dem Staat verbunden. So konnte es nicht Wunder nehmen, daß die Armen sich vom Staat und zugleich von der Kirche abwandten. Die sozialdemokratischen Führer jener Zeit waren radikal! gesonnen; sie wollten nichts vom „Vaterland“ wissen und hielten auch nichts mehr vom Christentum. Wenn damals ein Pfarrer Hausbesuche in einem Wohnviertel der Armen machte, wurde ihm oft voll Zorn die Tür vor der Nase zugeschlagen. So stand es im kaiserlichen Berlin jener Zeit!

Adolf Stoecker, der selbst aus einer Arbeiterfamilie stammte, fühlte sich innerlich gedrungen, dieser bedrohlichen Entwicklung entgegenzutreten. Es genügte ihm nicht, ein viel gehörter Prediger auf der Kanzel des Domes zu sein. Darum übernahm er die Leitung der Berliner Stadtmission, deren Missio-

nare und Schwestern sich bis heute um die der Kirche Entfremdeten in West- und Ost-Berlin kümmern. Stoecker erkannte aber zugleich, daß Predigt und Wohltätigkeit nicht genügen; es mußte etwas geschehen, um die soziale Gerechtigkeit zu verbessern, und zwar gerade von christlicher Seite. Darum tat er, der Hofprediger, den kühnen Schritt in die Politik mit der Gründung einer christlich-sozialen Arbeiterpartei.

Die Eiskeller-Versammlung mißlang. Stoecker fand zwar mit seiner warmherzigen und mitreißenden Rede das Ohr seiner Hörer, aber ein leidenschaftlicher sozialdemokratischer Agitator riß die Versammlung in einen Sturm von Hohn und Haß hinein. Bismarck zürnte dem politisierenden Pfarrer, Kaiser Wilhelm I. aber hielt seine Hand über den mutigen Mann. Die Berliner christlich-soziale Arbeiterpartei wurde zwar begründet, konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Erst mit Hilfe treuer evangelischer Wähler im südwestfälischen Siegerland gelangte Stoecker in den Reichstag und vertrat dort seine christlich-soziale Politik.

Warum erinnern wir uns an diesen kühnen Vorstoß vor hundert Jahren? Vieles hat sich tiefgreifend geändert. Wir haben heute eine vorbildliche soziale Gesetzgebung. Die sozialdemokratische Partei der Gegenwart hat längst ihre Feindseligkeit gegen Staat und Kirche überwunden. Ihre Repräsentanten bilden die Regierung mit, und sie unterhalten ein teilweise geradezu vertrauensvolles Verhältnis zur evangelischen Kirche.

Gleichwohl bleibt die Erinnerung an Stoecker wichtig. Die Erben seines politischen Testamentes sind in die CDU/CSU eingegangen. Wenn diese politische Kraft wirklich christlich-sozial sein will, hat sie auch heute noch Aufgaben genug, um eine soziale Politik aus christlicher Verantwortung zu treiben. Darum hat man mit Recht im Evangelischen Arbeitskreis in Kiel an den politischen Vorstoß vor hundert Jahren erinnert. Es wäre ein folgenschwerer Fehler, wenn die sozialen Anliegen in den Parteien, die sich als „christlich“ bezeichnen, zu kurz kämen angesichts anderer Interessen. Die Kirchen und Politiker, die aus christlicher Verantwortung handeln wollen, stehen auch heute noch vor der großen Aufgabe, das Vertrauen derer zu gewinnen, die nicht über Macht und Einfluß verfügen. In diesem Sinn bleibt das Wort „christlich-sozial“ gültig; denn Jesus ist gekommen, sich der Armen und Geringen anzunehmen. Wer ihm folgen will, ist aufgerufen, in seinem Namen für die einzutreten, die Hilfe brauchen.

Dr. Reinhard Mumm
Kirchenrat
Herzog-Wilhelm-Straße 24
8000 München 2

Bilanz und Perspektiven der Europapolitik

Hubertus Dessloch

Die Bemühungen um die Einigung des freien Europa haben in einer 25jährigen politischen Schönwetterperiode nicht den erhofften Erfolg gehabt. Unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft ist keine unauflösbare politische Schicksalsgemeinschaft entstanden. Resignation breitet sich aus.

Diese Entwicklung muß all jene erstaunen, die von der Möglichkeit einer Vorherrschaft der Vernunft im menschlichen Leben, so auch in der Politik, ausgehen. Denn es gab überzeugende Argumente für den politischen Zusammenschluß des freien Europa.

Motive

Sicherheit und Unabhängigkeit seiner Bürger zu gewährleisten gehört zu den klassischen Aufgaben des Staates. Kein europäischer Staat ist im Alleingang dazu noch fähig. Das betrifft die innere wie die äußere Sicherheit.

Im Kampf um die Verteilung der Güter der Erde und um die Festsetzung des Tauschwertes von Rohstoffen gegen verarbeitete Produkte bedeutet ein Einzelner in der Völkerfamilie nichts. Die westlichen Industriestaaten als Interessenkoalition sehen sich von der „Gruppe der 77“ innerhalb und außerhalb der Vereinigten Nationen ständig in die Minderheit versetzt. Angetrieben vom Antagonismus der beiden Supermächte verschärft sich der globale Verteilungskampf von Jahr zu Jahr. Allein ein politisch vereintes Europa wäre für die Dritte Welt ein ebenso Achtung gebietender wie attraktiver Partner. Europas hegemonaler Ergeiz ist Vergangenheit. Europas finanzielle, technische und handelspolitische Hilfe ist begehrt. Seine Abhängigkeit von dieser Zusammenarbeit ist angesichts seines Einfuhrbedarfs an Rohstoffen und Energie evident.

Nur Europa als Ganzes wäre in der Lage, der ständigen Überforderung des Sozialprodukts mit inflationären Folgen entgegenzuwirken. Der in einem Bundesstaat normale Transfer realer Ressourcen würde

die Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa auf wirtschaftlich gesunder Grundlage ermöglichen.

In der Bundesrepublik hängt jeder vierte Arbeitsplatz vom Export ab. Zwei Drittel der deutschen Ausfuhren gehen in die Länder der Europäischen Gemeinschaft. Der freie Zugang zu diesen Märkten ist aber nur bei fortschreitender Integration gesichert. Im Hinblick auf die Unterschiede in den wirtschaftlichen Strukturen der EG-Mitgliedstaaten und den daraus resultierenden wirtschafts- und sozialpolitischen Zielkonflikten bedeutet Stillstand Rückschritt.

Fehlschläge

Der genialen Idee Jean Monnets, den Prozeß der europäischen Integration als Dialog anzulegen zwischen europäischem Gesamtinteresse und nationalem Partikularinteresse, wurde bereits 1954 die politische Bestätigung versagt. In der französischen Nationalversammlung scheiterte das Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Das Erbe Walter Hallsteins, der dieser Idee gegen alle Widerstände auf der Grundlage der Verträge von Rom seit 1958 dennoch zu institutioneller Wirklichkeit verhalf, wird in den aufgeblähten Brüsseler Bürokratien erstickt. Der Plan Pierre Werners, die Europäische Gemeinschaft zu einer Wirtschafts- und Währungsunion auszubauen, das Europafanal der frühen 70er Jahre, wurde ein Opfer der wirtschaftlichen Strukturunterschiede innerhalb der Gemeinschaft, der Dollarkrise und des Erdölshocks von 1973. Unter dem Einfluß unterschiedlicher Inflationsraten und extremer Zahlungsbilanz-Ungleichgewichte stand die Neunergemeinschaft im Jahre 1974, nur zwei Jahre nach ihrer Erweiterung, am Rande des Auseinanderbrechens. Dem Pariser Europagipfel vom 10. Dezember 1974 gelang es, das Desaster abzuwenden. Doch heute wissen wir, daß der damals unter-

nommene Versuch, dem Primat der Politik in der europäischen Integration endlich wieder zum Durchbruch zu verhelfen, ebenfalls gescheitert ist. Die Strategie des Möglichen, der Tindemansbericht, wurde „zu den Akten gelegt“. Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs hat sich als politisches Lenkungsorgan mit Autorität nicht durchzusetzen vermocht. Auch im Hinblick auf die Europawahl wachsen die Zweifel. Für das Jahr 1978 ist mit ihr nicht mehr zu rechnen. Die Flucht ins nationale Getto scheint in vollem Gange. Die Erweiterung der Gemeinschaft um Portugal, Spanien und Griechenland bringt politisch kein verstärkendes Element. Eher wird dadurch die Umwandlung der EG zu einer Freihandelszone begonnen.

Ursachen

Zur Offenlegung der Ursachen dieser evidenten Fehlentwicklung hat der Europarat jüngst eine bemerkenswerte Debatte geführt. Die Grundlage lieferte der Bericht des Schweizer Nationalrats Pierre Aubert „Le mal europeen“.

Aubert stellt in erster Linie auf die Schwäche vieler nationaler Regierungen ab, die, gestützt auf hauchdünne – oder gar nicht mehr vorhandene – Mehrheiten, kaum mehr im Stande sind, eine zusammenhängende Politik zu verfolgen. Ihre Schwäche hindert sie für die gemeinsame Sache des freien Europa Opfer zu bringen. Zudem werden Protektionismus und Nationalismus als Argument gegen Europa gerade dort gepflegt, wo der nationale Konsens zerfällt, was heute in allen zentralistisch regierten europäischen Staaten der Fall ist.

Nachdenkenswert sind auch die Hinweise auf den zunehmend fiktiven Charakter parlamentarischer Kontrolle. Während das Spezialwissen der Fachministerien die Entscheidung des gewählten Volksvertreters präjudiziert, gegen die Frak-

tionen der Regierungskoalitionen im Interesse ihrer Regierungsmannschaft freiwillig jegliches Kontrollrecht, oder ergehen sich in Beschimpfungen der Opposition, wenn diese jene Rolle wahrnimmt, die eigentlich dem ganzen Parlament zukommt.

Gewiß wäre an dieser Stelle einiges über Fehlentscheidungen innerhalb der Parteien zu zitieren und über die Motive von Bürgerinitiativen. Da aber der Europarat ein Thema tabuisierte, das in diesen Zusammenhang gehört, soll es hier nicht unerwähnt bleiben: Die im Ergebnis arbeitnehmerfeindliche Politik mancher Gewerkschaftsführungen.

Während in Italien, Frankreich und besonders in Großbritannien die Volkswirtschaften durch unzählige Streiks schweren Schaden erlitten haben, der von Regierungsseite hinter einem Geldschleier verborgen wurde, mit der Folge hoher Inflationsraten und der weiteren Folge Arbeitslosigkeit, hat in der Bundesrepublik das Hochtreiben des Lohnniveaus zu Konkurswellen in der mittelständischen Wirtschaft geführt, zur Unternehmenskonzentration und zur forcierten Automation, was ebenfalls die Freisetzung von Arbeitskräften zur Folge hatte.

Die nahezu unbegrenzte Anpassungsfähigkeit der freiheitlichen Wirtschaftsordnung hätte dies alles verkraftet, wenn sich nicht die Dritte Welt gegen die fortschreitende Geldwertverschlechterung aufgelehnt hätte. Die Austauschrelationen zwischen unterbewerteten Rohstoffen und immer teureren Fertigwaren führte zur Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, nach einer Ordnung also, in der Verteilungskämpfe innerhalb der Industriestaaten um einen noch höheren Wohlstand nicht mehr auf Kosten der armen Völker ausgefochten werden können.

Inflation, Arbeitslosigkeit und Nord-Süd-Konflikt sind die Ursachen der wirtschaftlichen Instabilität, der nationale Regierungen kaum mehr etwas entgegenzusetzen haben. Ein Blick auf die internationalen Kapitalmärkte beweist dies. Während die Regierungen sich hoch verschulden, um durch öffentliche Investitionen oder Konsumanreize die Konjunktur vor dem Abrutschen in eine Depression zu bewahren, wandern Milliarden von Anlage suchendem Kapital auf die

— jeder nationalen Kreditaufsicht entzogenen — Euromärkte, einem gigantischen Sammelbecken liquider Mittel. Allein aus Mangel an Vertrauen in die Zukunft wird dieses Geld nicht produktiv investiert. Neben beschäftigungslosen Menschen gibt es heute also auch „arbeitsloses Kapital“.

Die eigentliche Ursache

Das drastische Auseinanderfallen von Vernunft und Politik gefährdet die materiellen und organisatorischen Grundlagen der freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in der Substanz. Ihrem Wesen nach ist diese Kluft ein Koordinierungsproblem. Das Scheitern zahlreicher nationaler und internationaler Planungsstäbe zeigt jedoch, daß der technische Vorgang der Koordinierung allein das Problem nicht zu lösen vermag. Der Koordinierung fehlt es an einer wesentlichen Voraussetzung. Es ist der Mangel an Maßstäben und an Zielvorgaben, ein Grundübel unserer Zeit.

Dieses Grundübel ist geistiger Natur. Alle auf politische Zweckmäßigkeit getrimmten Maximen und Modelle müssen daher unter dem Gesichtspunkt der Krisenbewältigung als untauglich, weil vordergründig ausscheiden. Wie die politische Praxis zeigt, ist auch vom Rückgriff auf das politische Ideengut des 19. Jahrhunderts, des Liberalismus, des Sozialismus und des Nationalismus nichts Weiterführendes zu erwarten. Aber man muß natürlich sehen, daß sich dieses Ideengut — aus Mangel an Besserm — auf der Suche nach einer Generalnorm immer wieder wohlfeil anbietet.

Die Suche nach einem geistigen Fundament für eine rationale Daseinsvorsorge bereitet um so größere Schwierigkeiten, als wir uns ganz offensichtlich im Prozeß einer Zeitenwende befinden. Immerhin ist diese Feststellung als Ausgangspunkt von Nutzen, relativiert sie doch die Verbindlichkeit des Vergehenden.

Zum Vergehenden zählt die große Prägekraft, die vom Weltbild der naturwissenschaftlichen Frühzeit ausging. Auf dieses Weltbild der Erfahrbarkeit, Berechenbarkeit und Machbarkeit gründet sich das

Menschenbild der Aufklärung, das Bild vom autonomen Menschen. Die enormen Fortschritte, die die Menschheit auf der Grundlage dieser Prämissen gemacht hat, sind ganz unbestritten.

Die Nutzenanwendung naturwissenschaftlicher Ergebnisse hat zu der großen Machtentfaltung der europäischen Völker in der Neuzeit beigetragen. Eine überlegene Kriegswissenschaft und Kommunikationstechnik trug die Fahne der europäischen Nationen einst um den ganzen Erdball. Heute, nach der Übernahme dieser spezifisch europäischen, technischen Zivilisation durch die anderen Völker der Welt ist das europäische Machtmonopol zerbrochen. Geblieben ist die Ambivalenz der technischen Zivilisation, eine Chance, aber auch ein Risiko im Zusammenleben der Völker und Nationen.

Was Europa bis heute nicht zu leisten vermochte, ist die Schaffung von Parametern zur zuverlässigen Beherrschung der technischen Zivilisation im Dienst der Menschheit. Solche Parameter aber würden ein zeitgemäßes Menschenbild voraussetzen. Doch es gibt weder das eine, noch das andere.

Hier aber liegt auch der Schlüssel zur Zukunft.

Die Schlüsselfrage

Die Naturwissenschaft unseres Jahrhunderts hat das Weltbild eines Isaac Newton hinter sich gelassen. Physiker wie Pascual Jordan, Walter Heitler und Werner Heisenberg wiesen eindrucksvoll auf die geistesgeschichtlichen Folgen ihrer neuen Erkenntnisse über Welt und Materie hin. Zum Beispiel taugt die moderne Naturwissenschaft nicht mehr als Basis zur Leugnung der Transzendenz. Eine der Grundlagen ist somit entfallen, auf die sich das Bild vom autonomen Menschen bis in unsere Tage hinein wesentlich abgestützt hat.

In seinen Lebenserinnerungen „Der Teil und das Ganze“ stellt sich Heisenberg die Frage, weshalb die Verbreitung dieser Erkenntnis nur zäh vonstatten geht. Als Erklärung führt er die zahlreichen säkularen Katastrophen an, die die Menschen auf unserer Jahrhundertmitte stark in Anspruch genommen haben. Vielleicht hätte er

hinzufügen sollen, daß die Geisteswissenschaften unserer Tage ein Eigenleben führen, das die Wandlungen des physikalischen Weltbildes noch immer nicht zur Kenntnis genommen hat, wie Heitler sie in „Die Natur und das Göttliche“ beschreibt.

Während das „aufgeklärte“ Freidenkertum von einst und sein Bild vom autonomen Menschen inzwischen an der Bildungspyramide in die Breite und Tiefe herabgesunken ist, — und dort all die unseligen Folgen produziert, die Gegenstand der Grundwertedebatte in der Bundesrepublik sind —, öffnen sich an der Spitze dieser Bildungspyramide Freiräume für ein neues, ein auf die Transzendenz bezogenes Menschenbild.

Die Frage nach dem Wesen des Menschen, nach dem Sinn des Lebens, nach dem Woher und Wohin konnte ja nicht ungestellt bleiben in einer Zeit, in der Worte wie „Menschlichkeit“ und „Menschenrechte“ vielen so leicht von der Zunge gehen. Und es sind ja nicht die Schlechtesten, meist ebenso junge wie begabte Menschen, die sich aufgemacht haben, Antworten

auf diese Fragen zu finden. Tragisch ist nur die Einsamkeit, in die eine materialistisch ausgerichtete Welt sie stößt und tragisch ist der Verschleiß, dem diese Generation durch falsche Propheten ausgesetzt ist. Denn die heute allzu modische Gesellschaftskritik steht doch ihrem Wesen nach auf dem autonomistischen Menschenbild: Der Einzelne ist der Vollkommenheit mächtig; er ist gut; alle Übel der Zeit verursacht und verantwortet die Gesellschaft, eine anonyme Größe; der Einzelne ist exkulpiert. Ist dies nicht eine Art moderner Teufels Glaube? Jedenfalls legen die Wirkungen dieser Ideologie — nicht nur ihre extremsten, der politische Mord — diese Frage nahe.

Ausblick

Geht man von einem auf die Transzendenz bezogenen Menschenbild aus, wird man nicht leichtfertig von den Rechten des Menschen sprechen. Man wird zunächst an sittliche Imperative den-

ken, an die Verantwortung des vernunftbegabten Geschöpfes vor dem Schöpfer und seiner Schöpfung. Man wird dabei der Würde des Menschen inne. Selbstverständlich leiten sich aus der Würde des Menschen auch Rechte, sogenannte Grundrechte oder Menschenrechte ab. Aber ihre isolierte Betrachtung ist Selbsttäuschung. Ethik und Freiheitsrecht gehören zusammen. Eine Vernachlässigung der Ethik gefährdet die Freiheit. Es ist dieser Zustand, der unsere politische Situation gegenwärtig kennzeichnet.

Eine Rückbesinnung auf ethische Werte und eine mutige Auseinandersetzung mit dem Zeitgeist könnte Europa retten. Europa könnte seine Zivilisation vollenden, in dem es Parameter hervorbringt zur Unterordnung der Technik unter die Bedürfnisse des Menschen, und zur Stärkung der integrativen Elemente der Politik. Noch genießt die auf die Welt ausgebreitete europäische Zivilisation ein relatives Ansehen. Die Chancen zu Verständigung, Frieden und Partnerschaft sind also noch nicht vertan. Die technischen Voraussetzungen jedenfalls sind gegeben.

Kurz notiert

„Europa und der Protestantismus“

Schweinfurt: Bei einem Seminar für „Kirche und Politik“ des Bildungswerkes der Hanns-Seidel-Stiftung in Schweinfurt wurde die christliche Verantwortung gegenüber zentralen politischen Fragen im Blick auf die Neuordnung Europas deutlich gemacht. Der Geschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Dr. Peter Egen (Bonn), der über „Europa und der Protestantismus“ referierte, betonte unter Hinweis auf die geschichtliche Entwicklung, daß eine europäische Einigung ohne die prägende Kraft des Christentums unvorstellbar sei.

Wesentliche Aufgabe der Kirchen werde es sein, für die Beachtung bestimmter geistiger Werte bei der Schaffung eines neuen Europas einzutreten, mitzuwirken am Abbau von Vorurteilen und am Aufbau von

Verständigung. Weshalb dem Protestantismus dabei eine entscheidende Rolle zukomme, begründete Egen auch mit einem Wort des langjährigen Kirchentagspräsidenten von Thadden-Trieglaff: „Der Protestantismus hat den Geist der Initiative, die dynamische Kraft schöpferischer Ideen, die Fähigkeit zu aktueller Entscheidung und den Mut der sittlichen Verantwortung.“ Die Diskussion mündete in der Anforderung an die Leitung des Deutschen Evangelischen Kirchentages, sich in Nürnberg beim nächsten Deutschen Evangelischen Kirchentag eingehend mit dem Thema der Europäischen Einigung zu beschäftigen.

Zur geistigen Auseinandersetzung, nicht nur zur juristischen und politischen, mit den Ursachen und Wirkungen des Terrorismus, forderte der Würzburger Dekan Paul Rieger auf, der zu der Frage „Verinnerlichung — Rückzug der Kirche

aus der Welt?“ Stellung nahm. Die Trendwende, die sich zwischen Reform-Euphorie und Fortschritts-Stillstand vollzogen habe, habe neben Angst, Enttäuschung und dem Bedürfnis nach Orientierung auch eine Abkehr von Äußerlichkeiten und einen „Rückzug ins Private“ zur Folge gehabt. Für die Kirche bedeute dies eine Herausforderung, sich verstärkt den Fragen nach Frömmigkeit und Religiosität zu stellen. Auch Rieger unterstrich die Verantwortung der Kirche für Staat und Demokratie und warnte vor einem Rückfall in die „politische Harmlosigkeit“.

Folterungen in Mozambique

Als kürzlich in Bonn ein Vertreter des Weltkirchenrates gebeten wurde, im Rahmen seiner bevorstehen-

den Reise nach Mozambique sich für die dort in Konzentrationslagern einsitzenden politischen Gefangenen zu verwenden, wies er empört den Begriff „Konzentrationslager“ zurück; für ihn seien dies „Reeducation-Camps“. Ein anderer Repräsentant des Weltkirchenrates, der Direktor der Kommunikationsabteilung, Pfarrer Jürgen Hilke, der bis zu seinem Wechsel nach Genf übrigens Generalsekretär der Evangelischen Studentengemeinden in der Bundesrepublik Deutschland (Sitz Stuttgart) war, erklärte bereits in einem Interview mit epd am 15. September 1975 nach Rückkehr einer zweiwöchigen Informationsreise durch das kommunistische Mozambique: Die Befreiung Mozambiques ist erreicht – Verstaatlichung kirchlicher Krankenhäuser und Schulen ist beim Aufbau einer sozialen Infrastruktur notwendig.

Die prokommunistische Befreiungsbewegung Frelimo wurde aus dem Sonderfonds der Antirassismusprogramms bis 1974 mit erheblichen Zuwendungen bedacht. Heute aber, wo die Unfreiheit in Mozambique größer ist als jemals zuvor, schweigt der Weltkirchenrat, anstatt angesichts des dort praktizierten Terrors weltweit seine Stimme zu erheben. In Idea, dem Informationsdienst der Evangelischen Allianz (zu bestellen in 6330 Wetzlar, Altenberger Straße 6) liest man in der Ausgabe 1/78 folgendes:

Von grausamen physischen und geistigen Folterungsmethoden durch in der DDR geschulte Verhörer und furchtbaren Zuständen in den Gefängnissen Mozambiques berichtete in einem Interview mit der internationalen Wochenzeitschrift „To The Point International“, Antwerpen, der Portugiese Jorge Calrao, ehemaliger Leiter der verstaatlichten Flugzeugwartungsgesellschaft in Mozambique „Companhia Mocambicana de Aviacao Geral“ (COMAG). Calrao zufolge befinden sich nach Massenverhaftungen von Indern in dem für 400 Mann vorgesehenen Gefängnis Cadeia Civil bis zu 1 200 Gefangene. Unter den Inhaftierten seien auch viele Schwarze, die in der Bundesrepublik, den USA, Frankreich und Kanada studiert hatten und nach der Unabhängigkeit in ihr Land zurückgekehrt waren. Dort habe man sie sofort verhaftet, damit sie nicht „die Gedanken der Bourgeoisie im Volk verbreiten“

könnten. „Besonders gefürchtet“ nannte der Portugiese den unter DDR-Kontrolle stehenden Staatssicherheitsdienst Servico Nacional de Seguranca Popular (SNASP) bei Maputo. Von dort seien Gefangene oft mit schweren Verstümmelungen zurückgekommen. Außerdem habe man jede Nacht etwa 90 Gefangene, die sogenannten „Vergessenen“, mit Lastwagen in Konzentrationslager transportiert, um neuen Gefangenen Platz zu machen.

Calrao war im Sommer letzten Jahres als „gefährlicher Reaktionsär“ verhaftet und nahezu sechs Monate lang im Gefängnis verhört und gefoltert worden, weil er sich strikt gegen den „Mißbrauch von Handelsflugzeugen zu Waffen- und Munitionslieferungen für Befreiungsbewegungen“ wie die SWAPO oder die Zimbabwe Liberation Army (ZIPA) gewandt hatte. Erst vor kurzem hatte er in einem Handstreich durch die Nationale Widerstandsbewegung (National Resistance) befreit und in Sicherheit gebracht werden können.

Über den geistig-geistlichen Standort der ESG-Tübingen

In den jüngsten Auseinandersetzungen um die Evangelische Studentengemeinde (ESG) in Tübingen spielte das sogenannte Quebec-Papier eine große Rolle. Dieses Papier wurde auf dem Ersten Weltkongreß der „Christen für den Sozialismus“ im April 1975 in Kanada verabschiedet. Es ruft dazu auf, sich den Erfordernissen des Volkskampfes zu stellen, zu erkennen, daß der Glaube nur in der revolutionären Aufgabe seine wahre Dimension und seine subversive Kraft erhalte, um sich schließlich einer Theologie zu öffnen, die mit den Kämpfen der Ausgebeuteten für ihre Befreiung verbunden sei. Weil sich die ESG Tübingen weder theologisch von diesem Grundlagenpapier der „Christen für den Sozialismus“ noch organisatorisch von dieser Bewegung distanzierte, hat die württembergische Synode kürzlich der ESG 9 800 DM (verbleibender Etat 121 350 DM) gestrichen. Wir dokumentieren das Papier in Auszügen:

In einer „Reflexion über den christlichen Glauben“ wird festgestellt, daß sich „Christen für den Sozialis-

mus“ „innerhalb“ der sozialistischen Strömungen sehen und jede Vorstellung, etwa eine christliche Partei zu bilden, und sei es eine linke, verwerfen.

„In der gegenwärtigen Situation des transnationalen Kapitalismus gehören wir zu den zahlreichen Christen, die entdeckt haben, daß das für Befreiung kämpfende, revolutionäre Engagement in der historischen Praxis der Ort ist, wo der Glaube an Christus gelebt, reflektiert, vermittelt und namhaft gemacht wird. Dies führt uns dahin, mit zunehmender Klarheit zu erkennen, daß die revolutionäre Aufgabe der Ort ist, wo der Glaube seine wahre Dimension und seine radikale subversive Kraft erhält.“

Bezüglich des Verhältnisses von Christentum und Marxismus erklären die Autoren des Papiers:

„Aber in dem Maße, in dem sich für revolutionäre Christen die Identifikation mit den Interessen und Kämpfen des Volkes als der Angelpunkt eines neuen Menschseins und der Frohen Botschaft des Herrn darstellt, wirkt sich diese Bewußtwerdung aus. Und die Reflexion auf den Glauben, genährt durch historische Praxis, öffnet sich einer Theologie, die mit den Kämpfen der Ausgebeuteten für ihre Befreiung verbunden ist. Dies ist eine radikale, von einem Klassenstandpunkt ausgehende Theologie, die sich jener Rationalität bedient, die wir zur Analyse der Geschichte im Blick auf ihre Transformation anwenden. Bei der Aufgabe, die Voraussetzungen des Glaubens neu zu formulieren, nimmt der Marxismus eine wichtige Stelle ein.“

In einem „Aufruf für neue Formen kirchlichen Lebens“ blickt man in Richtung einer „proletarischen Volkskirche“, welche bereits „im Keim“ vorhanden sei. „Jene Christen, die versuchen, diese Glaubenserfahrung zu leben, stoßen auf die kirchliche Realität, die gleichzeitig die Forderung nach politischem Engagement und die Glaubensvorstellungen dieser Christen verwirft.“

Durch „die Bemühungen der ‚Christen für den Sozialismus‘ im Befreiungskampf des Volkes“ ... „entsteht ein Christentum, das mit den Interessen der arbeitenden Klasse verbunden ist und eine Alternative darstellt zu jenem Christentum, welches ideologisch und strukturell mit dem herrschenden Ausbeutersystem verbündet ist“.

Aus der Arbeit des Rates der EKD

Hannover: Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und die Kirchenkonferenz als die Vertretung der Leitungen der 17 EKD-Mitgliedskirchen in der Bundesrepublik und in West-Berlin traten vom 15. bis 17. Dezember 1977 in Hannover unter Vorsitz des Ratsvorsitzenden, Landesbischof D. Helmut Claß, zu mehrtägigen Beratungen zusammen.

Im Mittelpunkt der Sitzung der Kirchenkonferenz stand eine Begegnung mit Vertretern der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), die gegenwärtig 110 protestantische und orthodoxe Kirchen in 26 Ländern umfaßt. Zur KEK-Delegation gehörten Kirchenpräsident André Appel (Straßburg) und Bischof Werner Krusche (Magdeburg) sowie Generalsekretär Glen Garfield Williams (Genf). Die Prinzipien der Helsinki-Schlußakte, die Grundsätze des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit, der Sicherheit, des Gewaltverzichts und der Menschenrechte sind in ihrem unteilbaren Zusammenhang für die Völker Europas ein Grund der Hoffnung. Im Gespräch zwischen der Kirchenkonferenz und der KEK-Delegation wurde erneut die Mitverantwortung der Kirchen Europas für die Sicherung des Friedens und die Fortführung der Entspannung unterstrichen. Die Kirchenkonferenz ist dankbar für die Gemeinschaft in der Konferenz Europäischer Kirchen, in der diese Mitverantwortung gemeinsam wahrgenommen werden kann.

Die Kirchenkonferenz befaßte sich sodann mit den in Aussicht genommenen Direktwahlen zum Europäischen Parlament. Das Zusammenwachsen der Völker Europas fordert auch von der Evangelischen Kirche wirksame Beiträge zur geistigen Grundlage der Europäischen Gemeinschaft. Die Kir-

chenkonferenz erinnert daran, daß Europa nicht nur die Länder der Europäischen Gemeinschaft umfaßt. Die Fragen der Verständigungspolitik mit den osteuropäischen Völkern und der Verantwortung der westlichen Industrienationen gegenüber den Ländern der Dritten Welt sind deshalb in die kirchlichen Erörterungen der Europafrage einzubeziehen.

Die Kirchenkonferenz nahm außerhalb eines Bericht entgegen über das durch die EKD-Gliedkirchen mitgetragene kirchliche Bauprogramm des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Dieses Bauprogramm umfaßt die Restaurierung vom Verfall bedrohter Gotteshäuser und ihren Umbau für die kirchliche Arbeit, die Errichtung neuer Kirchen in einigen Trabantenstädten der DDR sowie die Wiederherstellung des Berliner Doms. Die Kirchenkonferenz nimmt zur Kenntnis, daß nach Abschluß der bereits laufenden Außenarbeiten an den Innenausbau des Doms gedacht ist. Der Dom im Zentrum von Berlin (Ost) wird nach seiner Wiederherstellung neben der Zentralthalle und der ehemaligen Tauf- und Traukapelle über eine größere Anzahl von Nebenräumen zur Unterbringung kirchlicher Werke, Einrichtungen und Dienststellen verfügen. Die Kirchenkonferenz begrüßt es, daß den Christen in der DDR nach Wiederherstellung und Umbau des Doms ein zentrales kirchliches Zentrum zur Verfügung stehen wird, das mit seinen vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten hervorragend geeignet ist, Zeugnis und Dienst des evangelischen Glaubens in der DDR zu fördern.

Der Rat befaßte sich auf seiner Sitzung mit der Arbeit der neugegründeten Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft und erörterte die Frage einer Beteiligung der

EKD. Die Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft geht auf Initiativen des Weltrats der Kirchen und des Ökumenischen Rates der Kirchen in den Niederlanden zurück. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, kirchliches Investitionsvermögen für Entwicklungsvorhaben zugunsten der ärmeren Bevölkerungsschichten in den Ländern der Dritten Welt einzusetzen.

Die EKD hat wiederholt ihre grundsätzliche Zustimmung zu den Zielen der Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft erklärt, zugleich aber auch Fragen zur praktischen Durchführbarkeit gestellt und hierzu ein kritisches Gutachten vorgelegt. Da befürchtet werden muß, daß sich die entwicklungspolitischen Zielsetzungen nicht verwirklichen lassen, sieht sich der Rat zur Zeit nicht in der Lage, eine Beteiligung der EKD an der Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft anzustreben oder den Gliedkirchen und Gemeinden eine Beteiligung zu empfehlen. Der Rat wird die weitere Entwicklung der Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft aufmerksam verfolgen und die Haltung der EKD zu gegebener Zeit erneut überprüfen. Gegen die Gründung von Förderkreisen im Bereich der EKD bestehen keine Bedenken, sofern zur Unterstützung der Tätigkeit dieser Finanzierungsgesellschaft keine Kirchensteuermittel verwandt werden.

Der Rat führte mit dem Evangelischen Militärbischof Sigo Lehming und dem Vorsitzenden des Militärseelsorgebeirats, Landessuperintendent Fritz Viering, eine Aussprache über den Jahresbericht 1976 der evangelischen Militärseelsorge. Er ließ sich außerdem über die seit vier Jahrzehnten in zahlreichen evangelischen Gemeinden regelmäßig durchgeführten Bibelwochen sowie über die Planungen für das missionarische Jahr 1980 berichten. Außerdem verabschiedete der Rat einen neuen Gesamtplan für die Ausbildung im Pfarrerberuf und beschloß, ihn als Empfehlung den Gliedkirchen zuzuleiten.

Unsere Autoren:

Professor D. Dr. Wilhelm Hahn, MdL
Kultusminister, Schloßplatz
7000 Stuttgart

Albrecht Martin, MdL
Landtagspräsident, Landtag
6500 Mainz

Dr. Hubertus Dessloch, Ministerialrat
Schlegelstraße 1
5300 Bonn

Evangelische Verantwortung — Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU. Herausgeber: Dr. Gerhard Schröder, MdB; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kultusminister Prof. D. Wilhelm Hahn, MdL; Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, MdL. Redaktion: Dr. Peter Egen, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06. Verlag: Union-Betriebs-GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM. Konto: EAK — Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267. Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf. Abdruck kostenlos gestattet — Belegexemplar erbeten.